

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung ins Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 6 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apponhigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unersegte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Michaelertor Nr. 164.
Inserate für Wien werden nur angenommen bei Herrn Philipp Esb, Wollzeile Nr. 2.

Nr. 18.

Samstag 23. Januar 1875.

IV. Jahrgang.

Die Hochfinanz und das Volksglück.

V. Es muß eigenthümliche Betrachtungen wachrufen, wenn wir sehen, wie alle Staaten mit Finanznoth ringen; wenn, beispielsweise bei uns, Steuerprojecte ausgearbeitet werden, die dem Volke unerhörte Lasten aufbürden; wenn die Existenz des Staates von ihrer Bewilligung abhängig erklärt wird; wenn der Finanzminister sogar zu der Erklärung den Muth der Verzweiflung findet, daß nöthigenfalls selbst der Grundstock des Privatvermögens für die Steuerleistung angegriffen werden müsse; und zu derselben Zeit führt uns im Nachbarlande ein berühmter Prozeß wunderbare Bilder vor Augen, aus denen wir erkennen, wie mit dem Staatsvermögen, mit dem Gelde der Steuerzahler, dem Schweiß des Volkes gewirtschaftet wird; denn wenn auch die Kapitalien der Dönhofschen Bahnen von den Actionären zusammengeschossen sind, so ist es doch der Staat, ist es das steuerzahlende Volk, welches für die Verzinsung des Kapitals einzutreten hat, welches somit für jede Million, in welche Verwaltungsräthe, Directoren, Helfer und Helfershelfer sich theilen, Schuldner geworden ist. Und wie man es in Oesterreich getrieben, so treibt man es allenthalben; nicht zum wenigsten innerhalb unserer Gränzspähle. Wie viele von den Millionen, welche jetzt das Kopfzerbrechen Ghygys bilden, welche Ehre und Existenz des Vaterlandes in Frage stellen, zu deren Verzinsung und Rückzahlung auch der Kernste von uns die Früchte seiner Arbeit zur Verfügung stellen muß; wie viele dieser Millionen sind, statt nutzbringend für unsere Nationalökonomie angelegt zu sein, als müßelose Beute in die unersättlichen Taschen der Hochfinanz geflossen, welche wie der Geier des Prometheus die Eingeweide aller Völker verzehrt. Deffnen solche Beispiele nicht die Augen? Darf wirklich der herrschende Liberalismus so dreist auf die allgemeine Blindheit rechnen, daß er — wie Bismarck im Arnim-Prozeß, so der österr. Regierungsliberalismus — ohne Bedenken Prozesse provoziert, in denen die falschen Karten, mit welchen am das Wohl der Völker gespielt wird, unbedenklich den Augen Aller bloßgelegt werden? Genügt es, dem um seine finanzielle, sociale und politische Harmonie betrogenen Volke den Sand einer Kirchenhege, eines Civilehegesetzes in die Augen zu streuen, um ihm unter dem Schutze dieser Verblendung die Taschen auszuleeren? Erinnern die Namen Giska, Schindler u. A. m., welche in dem samoen Prozeße eine klägliche Rolle spielen, nicht deutlich genug an die untrennbare Verbindung zwischen liberaler Kirchenfeindschaft und Volksbetrug?

Es ist wahrlich Zeit, die Augen zu öffnen und die Herzen zu stärken; klaren Blickes und festen Muthes einer auf lächerliches Schuldenmachen basirten Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entgegenzutreten. Wenn die Ausgaben streng nach den Einnahmen bemessen werden; wenn außerordentliche Bedürfnisse ferner nicht durch leichtsinnige und kostspielige Kredit-

operationen, sondern durch außerordentliche, gerecht vertheilte Steueraufgaben gedeckt werden, so wird man bald lernen, sparsam mit den öffentlichen Geldern umzugehen; wird lernen, wahre Bedürfnisse von fiktiven zu unterscheiden; wird aufhören, nur solche Kapitalanlagen zu machen, bei denen die Clique der Hochfinanz sich bereichern kann; wird es nicht dulden, daß sich die Gewohnheit bildet, Gelder, die zu productiven Anlagen bestimmt sind, millionenweise unter Gräbern, Verwaltungsräthe und Directoren zu vertheilen. Von dem Augenblicke aber an, da das Volksvermögen nicht ferner als leichte Beute der haute finance preisgegeben wird, schwindet auch sofort das Interesse derselben an der liberalen Volksbeglückung, an der Kirchenhege, Civilehe, atheistischen Schule, und das Volk gewinnt dabei nach allen Seiten hin, indem es fortan weder im Großen ausgeraubt, noch sittlich vergiftet wird.

Die jetzige Finanz- und Volkswirtschaft aber bietet allzureiche Beute, als daß man erwarten dürfte, von den entschlossensten Angriffen der liberalen Raubvögel verschont zu bleiben. Es ist bekannt, daß die französische Fünf-Milliarden-Anleihe an Nebenkosten nahezu eine sechste Milliarde kostete, in welche sich die Hochfinanz Europas getheilt hat. Der wievielte Theil der 20 Milliarden Gulden, um welche Europa in den letzten 25 Jahren seine Schuldenlast vermehrt hat, und welche jetzt hart auf den Schultern der Völker drückt, hat nur dazu gedient, einen volksfeindlichen, antisocialen Kapitalismus groß zu ziehen, welcher der eigentliche Urauell der socialistischen Bedrohung unserer christlichen Cultur ist! Er ist es, der es veranlaßt, daß nur Actien-Eisenbahnen gebaut werden, bei denen durch alle möglichen unklarerer Künste reiche Gewinne abfallen, dagegen volkswirtschaftlich wahrhaft productive Anlagen an Straßen, Kanälen, Strombauten, Entwässerungen, Bewässerungen vernachlässigt werden. Dies führt zu einer schädlichen Begünstigung der Verkehrsmittel, zu einem verderblichen Anwachsen der Großstädte, einer Entvölkerung des flachen Landes. Er ist es, der die Ueberproduction, die waghalsigen Speculationen herbeiführt, die als „volkswirtschaftlicher Aufschwung“ gepriesen werden, denen aber der Krach, die totale und allgemeine Entwerthung, die Handels- und Industrie-Stöckung, das Elend der Arbeiter, das Herabsinken zahlreicher Familien des Mittelstandes in das Proletariat auf dem Fuße folgt. Indessen — was macht's! Die Clique der Gründer, Directoren, Verwaltungsräthe, Banquiers, Financiers endlich und vor Allem der liberalen Parlamentirer zieht sich mit gefüllten Taschen zurück, um demnächst zu einer neuen Attaque auf das Volksvermögen vorzugehen.

Als einzigen Trost in unserer allgemeinen Mißere entnehmen wir Dr. Perrot's neuester Brochüre einige Daten über die Gewinne, welche einige auswärtige „Dönhofs“, übrigens Liberale reinsten Wassers, sich in neuester Zeit angeeignet haben.

Die Berliner Discontogesellschaft hat 1871

mit einem eingezahlten Kapital, damals von 13¹/₂ Millionen Thlr., 5¹/₂ Millionen Thlr. „verdient“. Die vier Gesellschafter, darunter der liberale Abgeordnete Nique, erhielten zusammen 702,263 Thlr. Der Director eines großen Berliner Creditinstitutes hatte eine jährliche Einnahme von 600,000 Thalern. Die Generalräthe der Anglo-Bank in Wien bezogen Ende 1872 ein fixes Honorar von 39,546 fl. und eine 19procentige Tantième von 357,155 fl., in Summe 396,701 fl.

Man sieht, es hat Dönhofs nicht an ausnahmeweisen Vorbildern gefehlt; doch ist er seinem ausgeprochenen Vortage, sie zu übertreffen, schwerlich nachgekommen.

Politische Uebersicht.

Pressburg, 22. Januar.

Der vorgestrige Ministerrath beschäftigte sich mit Maßnahmen zur Regelung der Creditverhältnisse, hauptsächlich mit der Wucherfrage.

Das „Amtsblatt“ bringt weitere Enthebungen und Ernennungen von Obergerichtspätern.

Bezüglich der Podgorizza-Affaire lauten die gestern eingetruffenen Nachrichten durchaus beruhigend und ist, wie der „N. N.“ meint, eine friedliche Lösung nahezu mit Sicherheit zu erwarten. Wir haben nie daran gezweifelt, wozu also der Lärm und das vorzeitige Klieggeschrei?

Die Wählerconscriptio ist im ganzen Lande im besten Gange und hie und da auch schon beendet. Dort, wo dies der Fall, sollen — nach „Közérde!“ — durch die im neuen Wahlgesetz aufgestellten Qualifikationen und Bedingungen die Reihen der Wähler gar sehr gelichtet worden sein. So fallen im Borjeder Comitatus 40 Percent der Wähler aus und wahrscheinlich wird sich anderwärts ein noch größerer Ausfall ergeben. Es ist dies — sagt „Közérde!“ — ohne Zweifel ein trauriges Zeichen, nicht sowohl wegen Verminderung der Wählerzahl, sondern weil es constatirt, in welcher beunruhigend großem Maße die Vernachlässigung der Steuerentrichtung — dieser ersten patriotischen Pflicht — im Lande verbreitet ist.

Wie „Magyar Politika“ erzählt, wird das kroatische Wahlgesetz nicht sanctionirt werden. Das genannte Blatt findet dies natürlich, da der Gesegentwurf nicht von der Regierung, sondern von einigen Abgeordneten im Landtage eingebracht, gleichwohl aber der Krone zur vorläufigen Genehmigung nicht vorgelegt wurde. Ueber den Inhalt des Gesegentwurfs bemerkt „M. P.“, daß die Bestimmung der Wahlorte nicht mit Beachtung der geographischen Verhältnisse, der Verwaltungszwecke, der kulturellen und Handelsverhältnisse; maßgebend sei nur, daß dem nationalen Elemente überall das Uebergewicht gewahrt werde. Im §. 7 wird ausgesprochen, daß Derjenige, der seinen bleibenden Aufenthalt nicht in Kroatien hat, weder actives

noch passives Wahrecht besitze. Nach dieser Bestimmung können z. B. Graf Peter Pejacsevics und andere Magnaten sowie ein großer Theil der großgrundbesitzenden Aristokratie nicht Wähler sein und daher auch nicht zu Abgeordneten gewählt werden. Dieser Punkt schließt daher den Grundbesitz aus dem kroatischen Landtage aus. Ein anderer Punkt wieder beschränkt die Teilnahme des Kapitals in ebenso bedeutendem Maße. Vanus Majurancics ist in der Angelegenheit nach Budapest gereist. Gleichzeitig ist zu erwähnen, daß die kroatischen Abgeordneten erst am 28. in Budapest eintreffen werden.

In Oesterreich fand vorgestern, 20. Januar, die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses nach der Vertagung statt. Die Mittheilungen motivierten in einer langen Denkschrift, die Jungesche in einem kurzen Schreiben ihren Nichtertritt in den Reichsrath. Die Procedur war die gewöhnliche: Antrag Praxas auf Ueberweisung an einen Ausschuß, Uebergang zur Tagesordnung und Verhandlung des Mandatsverlufes. Jetzt können die Sachen zum viertenmal in dieser Session wählen. Aus der Denkschrift der Jungeschen möge folgende Stelle hier Platz finden: „Wir können nicht ein System stützen, welches eine Ausbeutung der Bevölkerung zuließ und auch den Staatschatz hart im Mitleiden zog, ein System, welches trotz fortdauernd sich steigender Belastung der Steuerträger und Veräußerung des Staatsgutes auch auf wirtschaftlichem Gebiete nur eine Reihe von Mißfolgen aufzuweisen hat, welches nach einer Jahre langen, verheerend wirkenden Krise vor einem durch selbes mitverschuldeten Verfall: des Nationalobstandes rathlos und kraftlos dasteht, ein System, welches andererseits, vorgeblich zur Schonung der Steuerkräfte der Völker, eine Sparsamkeit zur Schau rug, welche die Wehrkraft des Reiches nicht zur vollen Entfaltung gelangen ließ.“ Es kam sodann ein Besetzungswort zur Abänderung der Reichsrathswahlordnung für Böhmen zur Verhandlung, vor deren Beginn die Rechtsparthei den Saal verließ, nachdem sie durch den Grafen Hohenwar hatte erklären lassen, sie könne, da sie die directe Reichsrathswahlordnung nicht anerkennen vermöge, an den Verhandlungen und an der Beschlußfassung über dieses Gesetz sich nicht betheiligen. Schließlich erlitt die Regierung eine eklamante Niederlage in der Frage des Legalisirungszwangs, da sie gegen den zweimaligen Widerspruch des Justizministeriums mit 115 gegen 41 Stimmen angefordert wurde, noch in der Herbstsession dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Legalisirungszwanges einzubringen. In der Debatte sagte der Abg. Fug u. A.: „Der Legalisirungszwang ist auch in wirtschaftlicher Beziehung höchst bedenklich, besonders in einer Zeit, welche eine schnelle und einfache Zufuhr und eine rasche Benützung des Realcredits fordert, und welche uns in Gefahr bringt, die Landbevölkerung von den Vampiren des Wuchers umarmt zu sehen. Wenn man die Benützung des Realcredits erschwert und vertheuert, werde Jeder diese Maßregel als wirtschaftlich, höchst bedenklich finden, und dies hat auch der im Jahre 1873 einberufene Agrar-Congress ausgesprochen.“ Fug u. A. sagte: Der Legalisirungszwang sei viel zu kostspielig, denn er lege beispielsweise in einem Bezirke von 20.000 Seelen bei der Annahme von 1.000 Actunden eine Contribution von wenigstens 10.000 fl. auf, was bei dem Umstande, daß sich die Legalisirung nur auf die Form und nicht auf den Inhalt der Actunde erstreckt, denn doch eine zu hohe Summe sei. Redner versichert, daß in seinen Kreisen die Klagen über den Legalisirungszwang sehr bedeutend seien. Dechant Hflügler bemerkte: Die Freiheit sei in Oesterreich in Wahrheit und Wirklichkeit nur ein Zwang. In Oesterreich habe man den Schulzwang, den Militärzwang und den Legalisirungszwang; diese Zwänge haben unwillkürlich eine gewisse Widerwärtigkeit zur Folge. Dagegen meinte Hanisch, dessen Aeußerungen bald Entrüstungen, bald schallendes Gelächter hervorriefen: „Wenn sich die Bevölkerung den Schulzwang gefallen lasse, — müsse sie auch den Legalisirungszwang mit in den Kauf nehmen. Man müsse das juristische Gewissen der Völker zu entwickeln suchen“, und fügte u. A. bei: „Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß je gebildeter die Bevölkerung wird, desto noth-

wendiger die Cautelen sind, um die Sicherung des Verkehrs zu stützen. Ich glaube, daß man im Laufe der Zeit zum Notariatszwang wird vorschreiten müssen und der Legalisirungszwang bildet nur ein Stadium hiezu. Herr Dr. Hanisch scheint sagen zu wollen, daß die Leute um so größere Spitzbuben werden, je gebildeter sie werden. Wenn er die „liberale“ Bildung meint, kann er Recht haben. Für die Aufhebung des Legalisirungszwangs stimmte die Fortschrittspartei mit alleiniger Ausnahme des Notars Dr. Groß (Wels), viele Großgrundbesitzer, mehrere zur Linken gehörende und die Rechtsparthei. Mit Nein stimmten die Polen, die Minister, Dr. Herbst, einige Großgrundbesitzer und Vertreter der Handelskammern. Daß ganze Reihen von Abgeordneten bei einer so wichtigen Frage schelten, regte im Saale die Lust an. Der Justizminister klagte, daß gerade jene Mitglieder, welche am Verurtheilten waren, über diesen Gegenstand zu sprechen, geschwiegen haben.“

Im Prozeß Djenheim bot in der Sitzung vom 20. Januar das Zeugenverhör kein besonderes Interesse, mit Ausnahme der Vernehmung des Zeugen Julius v. Schreiber, gegenwärtigen Betriebsdirectors der Lemberg-Czernowitzer Bahn, der wir folgendes entnehmen: Der Zeuge gibt eine umfassende Darstellung der Organisation des Dienstes und interessante Aufschlüsse über die Stellung des früheren Betriebsdirectors Gintl. Derselbe war nichts als eine Marionette, die man in Lemberg ließ, um eine gewisse Vertretung den galizischen Behörden gegenüber zu haben, der aber keinen Einfluß auf den Betrieb hatte. Jetzt ist das wesentlich anders. Wurde, ruft der Zeuge, ja früher Schmitt eigens mit umfassenden Vollmachten gegen Gintl nach Lemberg geschickt. Zeuge beanstandet hauptsächlich die Trace der Bahn, welche zu wenig Drijschaften berührt, in Folge dessen gar kein Localverkehr, der doch eine sehr bedeutende Einnahmequelle einer Bahn bilde, stattgefunden habe. Die Drijschaften in Galizien liegen stundenweit ab von der Strecke — allerdings sei diese Trace in der Tendenz des Generaldirectors gelegen, da er die Linie bis an's schwarze Meer zu führen beabsichtigte und eben diese Linie die kürzeste war; aber für die galizischen Strecken sei diese Trace entschieden ungünstig. Was die Fahrbedienmittel anbelangt, so habe er die gehörige Anzahl nicht vorgefunden. Er verfaßte im Jahre 1871 einen Bericht über die Wahrnehmungen, die er bei einer Inspicirung der Bahn gemacht hatte. Dieser Bericht ist ihm ein Jahr später mit höhnischen Handglossen, von Bissler und Listowes herrührend, zurückgestellt, die darin gerügten Uebelstände jedoch nicht behoben worden. In diesem Bericht sei der ungünstig gewählten Trace, dem Mangel an „Wechsel“, der unrichtigen Verwendung der Dieselmotoren u. erwähnt worden. — Ang.: Ich will mir eine Frage erlauben. Der Zeuge sagte, daß die Controle unter der früheren Verwaltung besser war, als sie es jetzt ist. — Zeuge: Ich habe nicht von der Controle, sondern von der Organisation gesprochen. — Ang.: Sie sprachen also nicht von der Controle. Ist dieselbe jetzt besser, als sie früher war? — Zeuge: Ich glaube entschieden, daß der Betriebsdienst heute besser organisiert ist, als er es vor der Sequestration war. Jetzt kommt es vor, daß Beamte anderer Bahnen die Weisung erhalten, sich an der Lemberg-Czernowitzer Bahn ein Muster zu nehmen. — Ang.: (ironisch) Dies kommt vor, seitdem Sie Betriebsdirector sind? (Einige Personen im Auditorium lachen. Der Präsident ermahnt zur Ruhe.) — Zeuge: Ja. — Ang.: Erinnern Sie sich an Defraudationen, die in letzter Zeit verübt wurden? In Stanislaw defraudirte der Beamte Engelhardt 7—8.000 fl., der Beamte Winterhalter defraudirte 500 fl. Im Magazine zu Stanislaw entdeckte man betrügerische Manipulationen bei Umsignirung der Colli. — Zeuge: Einiges hievon ist mir bekannt, Anderes nicht. Ich habe zu viel zu thun, um mich um die Schurkereien Einzelner kümmern zu können. — Staatsanwalt: Es wurden Personen namhaft gemacht, die Defraudationen verübt haben. Wurden dieselben unter Djenheim, oder unter dem Sequester angestellt? — Zeuge: Unter Djenheim. — Staatsanwalt (zum Angeklagten): Sie hören, daß die Defraudanten von Ihnen angestellt wurden. — Ang. (heftig): Ich bitte, ich

habe keinen Defraudanten angestellt. — Präj. (berichtigend): Sie haben Personen angestellt, die Defraudanten wurden. — Ich unterbreche die Sitzung. — Interessant ist die Motivirung des Gerichtes für die Vorladung des Handelsministers Dr. Vanhans. Sie lautet: Nachdem es von Wichtigkeit erscheint, die Glaubwürdigkeit des Angeklagten in Bezug auf einen von ihm beharrlich festgestellten Punkt, in Bezug auf die Vorkommnisse betreffs der böhmischen Nordbahn zu erheben, so hat sich der hohe Gerichtshof veranlaßt gefunden, bezüglich dieses Punktes die Vorladung Sr. Excellenz des Dr. Vanhans anzuordnen. Dieser Entscheidungspunkt war von geradezu sensationeller Wirkung. — „Excellenz, ich gratulire Ihnen, daß Sie vom Gerichtshof als Zeuge vorgeladen worden sind, daß Ihnen somit Gelegenheit geboten worden ist, nicht bloß eine Bürgerpflicht zu erfüllen, sondern auch den Angriffen gegen einen Theil der Regierung an derselben Stelle entgegenzutreten, an welcher sie laut geworden sind.“ Das sagte vorgestern ein Deputirter, der zu den hervorragenden Rednern der Fortschrittspartei zählt, dem Herrn Handelsminister, als sie sich in den Corridoren des Abgeordnetenhauses trafen. Herr Dr. Vanhans dankte für den Glückwunsch mit seinem verbindlichsten Lächeln.

Die politischen Consequenzen des Prozeßes Djenheim treten in verschiedener Weise zu Tage. In Bukarest hat der rumänische Finanzminister Maurojoni seine Demission erbeten und erhalten, um über das im Laufe des Prozeßes verlesene Schreiben Herz' an Djenheim desto ungehinderter die Wahrheit sagen zu können. Es heißt nämlich in diesem Schreiben: „Die Maurojenische Angelegenheit ist weltkundig, und ich habe daher vorgezogen, selbe officiell durch unsere Bücher laufen zu lassen, damit auch Maurojoni sich in seinen diesfälligen Dispositionen nicht genirt. Bei den weiteren Behebungen werde ich meinen Check die littera der betreffenden Empfänge einschalten und so viel als möglich suchen, die Belege zu verschaffen; doch wenn Einer oder der Andere Duitung verweigert, so muß ich es mir gefallen lassen. Guildig und Som habe ich durch Maurojoni auffordern lassen, sich bei mir zu melden.“ Die Vorladung des österreichischen Handelsministers als Zeuge hat die Wiener Börse verstimmt, weil man glaubte, daraus schließen zu können, daß der Handelsminister sich zum Rücktritt veranlaßt sehen wird. Das dem Handelsminister nahestehende „N. Föbl.“ dagegen stimmt ein förmliches Triumphlied darüber an, daß dem Handelsminister durch seine Vorladung Gelegenheit geboten sei, vor aller Welt offen und frei Aufklärung zu geben über die Motive, welche ihn bei seinem Handeln in der Lemberg-Czernowitzer Bahnangelegenheit geleitet haben. Dieses Triumphlied kommt uns vor, wie das Pfeifen oder Singen des einsamen nächtlichen Wanderers im Walde, der sich damit die Furcht vertreiben will.

Zum Culturkampfe bringt die „Germania“ Briefe aus Paderborn und Wesel, welche über die Behandlung des Bischofs von Paderborn berichten. Die Briefe lauten: „Paderborn, 19. Januar. Heute Morgen um 8 Uhr öffneten sich endlich die Kerkerthüren dem Herrn Bischofe, welcher volle 24 Wochen (vom 4. August ab) seiner Freiheit beraubt und von der Außenwelt fast völlig abgeschnitten gewesen. Die Kerkerthüren öffneten sich, aber es sollte der apostolische Bekenner nicht etwa der Freiheit zurückgegeben werden — neue Strafen, neue Opfer erwarteten ihn. Gestern Abend wurde ihm der Ulas des Kreisgerichtes zu Hörter zugestellt — Festungshaft von zwei Monaten auf der Festung Wesel. Der Polizeisekretär Ruff erscheint, theilt seinen Auftrag mit und bemerkt auf die Frage, ob er Gewalt brauchen wolle, daß diese Gewalt jedenfalls gebraucht werden müsse. Also vorwärts — der Wagen steht vor der Thür — Extrapost — ein Privatwagen war nicht aufzutreiben. Der Herr Bischof, der Geistliche Rath Stamm und der Polizeisekretär Ruff bestiegen den Wagen und mit wunderbarer Schnelligkeit geht zum Bahnhofe. Die Treppe ist in der Eile mit Grün bestreut. — Die ganze Straße dicht besetzt mit Menschen — Alt und Jung, Reich und Arm, Alle begrüßen den Bischof mit stürmischem Hochrufen, alle schwenken

ihre Tücher, ein Zeichen der Freude darüber, daß man den Bischof endlich einmal wiedersehen konnte; dazwischen lautes, ergreifendes Schluchzen. Der Bahnhof war polizeilich gesperrt, aber die Bahn entlang hatten dichte Menschenmassen sich aufgestellt — selbst auf den Perron hatte eine dichte Menge sich einzudrängen vermocht, welche dem Herrn Bischof den Zutritt zum Coupé sehr erschwerte. — Ueberall lautes Schluchzen, untermischt mit lauten Hochrufen.“ — „Wesel, 19. Januar. Soeben gegen 4 Uhr Nachmittags traf der Herr Bischof Martin in Begleitung des Geistlichen Rathes Dr. Stamm hier ein, escortirt durch den Polizeisekretär Rust von Paderborn. Nachdem Letzterer erklärt, daß seine Mission vollendet sei und der hohe Gefangene sich einige Augenblicke erholt hatte von den Anstrengungen der beschwerlichen Reise, begab sich derselbe zur Commandantur, um alsbald die über ihn verhängte Festungsstrafe von zwei Monaten wegen des so berühmt gewordenen Hirtenbriefes anzutreten. In Begleitung des Commandanten Frhrn. v. Zattewitz wurde sodann die Citadelle aufgesucht, welche für die nächste Zeit dem hohen Herrn als Aufenthaltsort dienen wird. Derselbe befindet sich wohl, sehr wohl, trotz aller Liebenswürdigkeiten, mit denen man ihn so überaus reichlich versorgt hatte.“

In Rom empfing der hl. Vater am 14. d. Herrn de Geofroy, französischen Minister in China, nebst dessen Gemahlin. Der Gesandte befand sich auf der Durchreise nach Frankreich. Diese Audienz würde kaum ein allgemeineres Interesse beanspruchen können, wenn bei derselben nicht zwei chinesische Diener des Herrn de Geofroy zugegen gewesen wären, die mit ihrem Herrn den Segen des Papstes erhielten. Es war dies das erste Mal, daß Chinesen den Vatican betraten und persönlich den Segen des hl. Vaters empfingen. — Auch nahm Pius IX. die Glückwünsche der Ordensgenerale, begleitet von den Procuratoren der Orden, entgegen. Der Ordensgeneral der Levitaner, Pater Schiassino, las die Adresse vor, und der Papst entgegnete mit außerordentlichem Wohlgefallen auf dieselbe, indem er zugleich den Ordensgeneralen anempfahl, Alles aufzubieten, um in diesen schweren Zeiten den so nothwendigen religiösen Geist unter den Mitgliedern ihrer Orden zu erhalten. — Aus der Universitätsklasse sind, wie man der „Germania“ schreibt, 20,000 Lire in Bankbills, welche den Gehalt eines Theiles der Universitäts-Professoren ausmachen, zur Nachtzeit durch Einbruch gestohlen worden. Die Behörde hat Alles aufgeboten, den Dieb ausfindig zu machen; bisher ist ihr dies aber nicht gelungen. Die Bibliothek der Universität war während dreier Tage geschlossen, weil der Verdacht existirte, das Geld sei in der Bibliothek verborgen. Alle Nachforschungen waren jedoch vergebens. Das Ministerium des öffentlichen Unterrichts hat entschieden, daß die betreffenden Professoren den Verlust zu tragen haben, weil es ihrer Nachlässigkeit zuzuschreiben sei, daß sie die Gelder nicht in Empfang genommen hätten.

Zu den spanischen Wirren schreibt die Berliner offiziöse „Provinzial-Correspondenz“: „Die falsche, von carlistischer Seite stammende Nachricht eines englischen Blattes von der Besetzung Zarauz durch 100 Mann von dem Razonenboote „Nautilus“, sei von vornherein unglaubwürdig gewesen und habe sich inzwischen als eine vermuthlich böswillige Erfindung herausgestellt. Die deutsche Regierung dürfe nach den vorläufigen Verhandlungen mit der königlich spanischen Regierung zuversichtlich annehmen, daß ihr für die carlistische Gewaltthat gegen die Brigg „Gustav“ volle Genugthuung werde.“ Diese Note kann uns in unjurer Auffassung, daß wir es in dieser Angelegenheit mit einem schlgeschlagenen Bismarck'schen Versuch oder mit einem mißlungenen „Fühler“ zu thun haben, nur bestärken. Hoffentlich wird auch die Nachricht widerrufen, daß alphonisische Schiffe Zarauz bombardiren wollen. Don Alphonso wird doch seine Herrschaft nicht mit der Beschießung einer spanischen Stadt beginnen wollen?

Tagesneuigkeiten.

* (Todesfall.) Die Gräfin Aspasia Esterházy von Galantha, geb. Baronin Montal,

ist am 17. d. in ihrer Villa bei Nigen nächst Salzburg gestorben.

* (Interessante Photographien.) In einer der belebtesten Hauptstraßen Budapests befindet sich eine Buchhandlung, in welcher unter anderen Photographien auch die Pius IX., Bismarcks und Victor Emanuels ausgestellt sind, und zwar Pius IX. zwischen Bismarck und Victor Emanuel. Ein vorübergehender hoher Herr bemerkte, als er den Papst zwischen diesen seinen beiden Bedrängern sah: Pest ist doch noch eine katholische Stadt, da sieht man ja in der belebtesten Straße den Calvarienberg.

* (Ein unheimlicher Fund.) Auf der Landstraße zwischen Batovár und Köveres wurde dieser Tage ein im Stiefel steckendes menschliches Bein gefunden. Da die übrigen Körpertheile nicht aufgefunden wurden, so liegt die Vermuthung nahe, daß der ursprüngliche Inhaber dieses Beines von Wölfen gefressen wurde, die heuer schon viel Unheil angerichtet haben. Da von den Bewohnern der umliegenden Ortschaften Niemand vermißt wird, so dürfte der Verunglückte wahrscheinlich ein wandernder Handwerksgehilfe gewesen sein.

* (Schwere Zeiten.) Nachstehendes Anstellungsgeheuch lesen wir im „Hon“: Anstellung sucht ein ehemaliger Honvéd, der im Jahre 1849 Oberlieutenant im Heere Bem's, hierauf Major in der türkischen Armee und 1860—1861 Hauptmann in der ungarischen Legion in Italien war. Er spricht außer seiner Muttersprache (ungarisch) noch deutsch, englisch und italienisch. Er würde die Stelle eines Hausknechtes, Portiers, Dieners, Kutschers annehmen, nur um sich das tägliche Brot erwerben zu können.

* (Eine Untersuchung gegen Bürgermeister und Magistrat.) Der Vertretungskörper der Stadt Maros-Básarhely hat mit allen gegen 6 Stimmen eine Repräsentation an den Minister des Innern beschloffen, es möge wegen der sonderbaren Wirthschaft mit dem Kommunal-Vermögen gegen den Bürgermeister und den Magistrat die Disziplinar-Untersuchung eingeleitet und zur Durchführung derselben ein königlicher Kommissär entsendet werden.

* (Ueber den Lieutenant Basler,) welcher bekanntlich den großen Diebstahl in der Alfer-Kaserne begangen, mit seinem Raube entflohen und von Amerika zurückgebracht wurde, wird am 5. Feber Gericht gehalten werden. Das Kriegsgericht besteht aus 2 Hauptleuten, 2 Oberlieutenants, 2 Lieutenants, 2 Feldwebeln, 2 Korporalen, 2 Gefreiten und 2 Gemeinen, die über die Schulfrage mit gleichem Stimmrechte zu entscheiden haben. Die Publikation des kriegsrechtlichen Urtheils erfolgt öffentlich im sogenannten Executionshose.

Localnachrichten.

** (Die Konstituierung der Preßburger Advokatenkammer) ist auf den 13. Februar anberaumt und der Termin für die Einreichung der Advokaten-Diplome bis zum 8. Februar erstreckt worden.

** (Kundmachung.) Aus Anlaß der namhaften, aus dem Vorjahre noch immer aushaftenden Steuerrückstände hat die hiesige kön. ung. Finanzdirection mit Schreiben vom 3. Januar l. J., Z. 191, den gefertigten Magistrat aufgefordert, die mit dem 21. G. N. vom 3. 1868 vorgeschriebene executive Hereinbringung der noch ausstehenden Beträge ohne weiteren Verzug zu veranlassen. Diesem entsprechend ist die hiesstädtische Steuerdirection angewiesen worden, gegen die sämigen Zahler das in dem obigen Gesetzartikel bestimmte Steuer-Executionsverfahren nunmehr mit aller Strenge in Anwendung zu bringen. Mit der Veröffentlichung dieser pflichtgemäßen Maßnahme ergeht gleichzeitig an Alle, die aus dem abgelassenen Jahre noch mit einer Steuerschuld aushaften, die dringende Aufforderung, ihre diesbezügliche Schuldbetrag sofort abzutragen, um der Steuerbehörde die so peinliche Anordnung der Zwangsmittel zu ersparen. — Preßburg, am 15. Januar 1875. — Der Magistrat.

** (Ausverkauf.) Wir machen unsere geehrten Leser und insbesondere die spanischen Hausfrauen auf eine Ausverkaufs-Ankündigung in unserm Inseratentheile mit dem Beifügen aufmerksam, daß dieser Ausverkauf ein reeller ist, der

von einem hiesigen bestbekanntesten Geschäftshause unternommen wird, daher sich wesentlich von jenen Ausverkäufen zugereister Spekulanten unterscheidet. Die Billigkeit der Preise und die Güte der Waare wird unsere Empfehlung rechtfertigen.

** (Die erste Preßburger Sparkasse) hält ihre Generalversammlung nicht, wie wir gestern mittheilten, am 24. d. M., sondern am Sonntag, den 14. Februar, Vormittags 10 Uhr in ihren Localitäten ab.

** (In einem Hause) der Spitalgasse ist eine übrigens nicht sehr hohe Mauer, welche den Hof in zwei Theile scheidet, eingestürzt; dieselbe verletzete eine alte Frau.

Telegramme des „Recht.“

Verfaillés, 21. Januar. In der Nationalversammlung fand heute die Debatte über die Gewaltübertragung statt. Die Linke spricht dagegen. Carayon-Latour (äußerste Rechte) ist für die Monarchie mit dem Grafen Chambord und will ein Schreiben Bismarcks, welches sich zu Gunsten der Monarchie ausspricht, verlesen, wird jedoch durch den Tumult anderer Parteien überschrien. Redner erklärt, die Legitimisten werden die Verfassungsgesetze verwerfen, aber Mac Mahon alle Mittel zur Aufrechthaltung der Ordnung bewilligen. Nächste Sitzung: Fortsetzung der Debatte.

Fenilleton.

Abenteuernde Staatsmänner.

2. Graf v. Struensee.

VIII.

Mit diesem Geständnisse begaben sich die Commissarien nach Kronenburg zu der Königin, die dort von Freunden getrennt und von Kummer und Sorge über ihre Zukunft gequält, allein in dem Besitze ihrer kleinen Tochter, die ihr gelassen war, einigen Trost gefunden hatte. Erst am dritten Tage ihrer Gefangenschaft war sie vermocht worden, etwas Nahrung zu sich zu nehmen und sich niederzulegen; als die Commission am 9. März eintraf, war sie jedoch schon so gesammelt, daß sie diesebe mit ruhiger Würde empfangen konnte. Ihre Antworten auf die vorgelegten Fragen waren edel, kurz und genau, und gingen sämmtlich dahin, daß sie sich nichts vorzuwerfen habe. Da versuchte Einer der Commissarien, der Freiherr v. Schack-Rathlow, einen Angriff auf ihr Herz, um ihr ein Geständniß zu entlocken. Er theilte ihr mit, daß Graf Struensee ein für ihre Würde und Ehre höchst beleidigendes Geständniß in dem Verhöre vom 21. Februar abgelegt hätte. „Es ist unmöglich“, rief die erschrockene Fürstin aus, „nein, Struensee hat dies nicht gethan, und wenn es geschehen ist, so lerne ich Alles, was er gesagt hat.“ Schack, um diesen ersten Augenblick des Schreckens zu benutzen, setzte hinzu, daß Struensee sein Geständniß in dem folgenden Verhöre erneuert unterschrieben habe, nun aber, da die Königin Solchem widerspreche, ein Verleumder seiner Monarchie und ein Beleidiger der Majestät sei, dessen Verbrehen nur durch die schrecklichste Todesstrafe gebüßt werden könne. Betäubt und todtentbläht fiel die Fürstin auf ihren Lehnstuhl zurück; mächtige Empfindungen stritten in ihrem Herzen; endlich fragte sie mit schwacher Stimme: „Und wenn ich gestehe, was Struensee ausgesagt hat, darf alsdann der Unglückliche auf die Gnade meines Königs hoffen?“ Schack's Mienen schienen die Frage zu bejahen, und als er ihr eine schon bereit gehaltene Verhandlung, welche das Geständniß ihrer Schuld enthielt, zur Unterschrift vorlegte, ergriff sie die Feder und unterschrieb mit zitternder Hand: Karoline Mathilde. Es wird in glaubwürdiger Weise erzählt, daß, als die Königin die Buchstaben Karol geschrieben, sie aufgesehen und das höhnisch triumphirende Gesicht Schack's erblickt habe. Die Feder wegwerfend, habe sie gerufen: „Ihr betrügt mich schändlich! Struensee hat mich nicht angeklagt, ich kenne ihn. Nein, er kann es nicht gethan haben.“ Als sie darauf halb ohnmächtig zurückgefallen sei, habe Schack die Feder aufgehoben, in die Hand der bewußtlosen Königin gelegt und, diese führend, die fehlenden Buchstaben ine Mathilde hinzugefügt. Als die Commissarien sich hierauf fort-

begaben, fiel die Königin aus einer Ohnmacht in die andere und gerieth in einen lebensgefährlichen Zustand, aus dem sie sich nur langsam wieder erholt.

Zur Aburtheilung der Königin wurde ein außerordentlicher Rath von 35 Mitgliedern berufen und der Angeklagten ein Verteidiger bestellt. Diese empfand auf's Tiefste, daß sie Ehre, Gemahl, Kinder und Thron verlieren sollte. „Ich würde untröstlich sein“, klagte sie ihrem Verteidiger, „wenn die mindeste meiner Handlungen dem Könige und seinem Reiche einen Nachtheil zufügen könnte. Ich war vielleicht unvorsichtig, aber nie übel gesinnt; mein Geschlecht, mein Alter, die Umstände sollten meine Entschuldigung sein. Die Gesetze sprechen wider mich; ich verehere demüthig ihren schrecklichen Sinn; sie müssen aus dem Munde meiner Richter wider mich sprechen. Aber mein König, mein Gemahl muß ihren Spruch bestätigen. O, da lebt meine ganze Hoffnung wieder auf. Er wird mich nicht verstoßen; er wird mich nicht in endloses Elend herabstürzen.“ Am 2. April 1772 wurde das Erkenntniß gefällt, welches die Ehe des Königs trennte, jedoch den Grund der Trennung verschwiegen und auch über die Legitimität der kleinen Prinzessin Louise keine Entscheidung traf. Natürlich bestätigte es der König, und am 9. April wurde es der Königin eröffnet.

Hierauf schritt man zur Verurtheilung der Grafen Struensee und Brandt. Ihre untergeordneten Genossen waren einfach entlassen oder außer Landes gewiesen worden. Am 25. April erging gegen Struensee das Urtheil: „Es wird für Recht erkannt, daß der Graf Johann Friedrich Struensee, sich selbst zu wohlverdienter Strafe und anderen Gleichgestimmten zum Beispiel und Abschau, Ehre, Leib und Gut verbrochen habe, seiner Gräflichen und aller anderen ihm verliehenen Würden entsetzt sein, und sein gräfliches Wappen vom Scharfrichter zerbrochen, sodann Johann Friedrich Struensees rechte Hand und darauf sein Kopf ihm lebendig abgehauen, sein Körper geviertheilt und auf's Rad gelegt, der Kopf mit der Hand auf einen Pfahl gesteckt werden solle.“

Der König bestätigte sie noch an demselben Tage, nachdem er auf dem Schlosse Charlottenlund eine fröhliche Mittagstafel gehalten, und begab sich dann in die italienische Oper. Am folgenden Tage war bei Hofe großer Maskenball, am dritten, dem Vorabend des zur Vollstreckung des Urtheils angelegten Tages, großes Concert.

Die Verurtheilten nahmen die Todesbotschaft mit Fassung entgegen. Zwei würdige Geistliche bemühten sich, sie vorzubereiten und zu trösten. Dem Prediger, nachmaligen Bischof Münster wurde es auch nicht schwer, Struensee von seinen materialistischen Ansichten zu bekehren und ihn von den Wahrheiten des Christenthums zu überzeugen. Er erzählte in einem dem Drucke übergebenen Berichte: Struensee habe ohne allen Zwang sich schuldig bekannt, auch hinsichtlich seiner Staatsverwaltung gern eingestanden, daß sie vor dem höchsten Richter wegen der unftitlichen Beweggründe des Leichtsinnes, der Eifersucht, des Stolzes und Hochmuthes, die ihn dabei geleitet, verwerflich erscheinen werde. Ihren politischen Werth zu beurtheilen, überlasse er der Nachwelt. Nur das dürfe er sagen und müsse er sagen, weil er sonst die Unwahrheit sagen würde, daß er keine schlechten Absichten gehegt und nicht daran gedacht habe, den König und das Land unglücklich zu machen.

Das Urtheil wurde am 28. April 1772 in seiner ganzen Strenge vollzogen. So endete ein Abenteuer, der binnen sechszehn Monaten aus der becheidenen Stellung eines Arztes sich in einem fremden Staate zum allmächtigen Minister aufschwangen, die Liebe einer Königin genossen, das Reich nach den Eingebungen seiner Phantasie regierte und schließlich das Schaffot bestiegen hatte. Fast ein orientalisches Märchen.

Caroline Matilde verließ am 30. Mai Dänemark und begab sich nach Hannover, wo sie das Schloß in Celle bezog und bis zu ihrem Tode blieb, der sie am 10. Mai 1775 im noch nicht vollendeten vierundzwanzigsten Jahre ereilte. Sie verlebte die letzten drei Jahre in tiefem Gram, suchte aber in der Religion und in Werken der Nächstenliebe Trost und Frieden. Von den Bewohnern Celles wurde sie wie ein Engel in Men-

schengefalt verehrt. Die Nachricht von ihrem Tode kam in Kopenhagen an einem Tage an, an welchem ein Hofball stattfinden sollte. Er wurde abgehalten, und erst am Tage darauf wurde die gewöhnliche Hoftrauer angelegt.

Freiburger Fruchtpreise vom 22. Januar 1875.

	Regen	niedester	mittlerer	höchster
Weizen	1106	fl. 4.—	fl. 4.50	fl. 5.—
Korn	182	„ 3.50	„ 3.70	„ 3.90
Gerste	2130	„ 2.20	„ 2.82	„ 3.45
Hafer	99	„ 1.80	„ 1.95	„ 2.10
Rufuruß	1277	„ 2.45	„ 2.77	„ 3.—

Meteorologische Beobachtungen vom 21. Januar.

Zeit	Baromet. Stand bei 0° C. in Millim.	Temperatur nach Celsius	Windrichtung in Millim.	Windstärke in Prozenten	Wolkenbildung und Höhe in 4 Stufen	Regen und Menge der Schneef. oberhalb 10 Fuß	
7 1/2 U.	743.83	+ 0.2	4.2	90	ND	2	5 8
2 „ Ab.	748.28	+ 1.6	4.5	87	WSW	2	5 10
9 „ Ab.	740.16	+ 0.2	4.1	90	ND	2	5 8

Temperatur-Extreme: +1.46, +3.59 Cels. — Ozongehalt: während des Tages 1, während der Nacht 4. Nachts fast ganz heiter; Morgens der ganze Himmel mit leichten Nebelschichten bedeckt; schönes Morgenroth. Tagsüber trüb, nur zeitweise drang die Sonne etwas durch. Auffallend rasche Schwankungen im Luftdrucke, die mit dem Umschlag des ND-Windes in SW in Verbindung standen. Fast den ganzen Nachmittag SW; Abends jedoch schlug dieser wieder in ND um, und es begann zugleich sich der Himmel aufzubeitern, so daß um 9 Uhr fast keine Wolken mehr zu sehen waren. Die Luft war den ganzen Tag sehr feucht.

Wiener Börse vom 21. Januar.

	Gold	Waare
5proc. Papier-Rente	69.90	70 —
ditto in Silber	75.50	75.60
ungarische Grundentl.-Dblig.	78 —	78.50
fielenbürgische	75.50	76 —
Weingehent-Abföngungs-Dblig. 100 fl.	—	—
1864er Staatsloose 100 fl.	137.75	138.25
1866er ganze	111. —	111.50
1866er Hünfel	114. —	114.50
Credit 100 fl.	164. —	165. —
4proc. Dampfschiff 100 „	94. —	95. —
Öfner 40 „	25.50	26. —
Graf Salm 40 „	33. —	—
„ Bälffy 40 „	26.50	27.50
„ Garp 40 „	27.50	28. —
„ St. Genois 40 „	28.50	29. —
„ Waldstein 20 „	—	—
„ Reglewid 10 „	14. —	14.50
Rudolfloose 10 „	14. —	14.50
Ungar. Prämien-Anlehen	81.75	82.25
Türkenloose voll eingezahlt	51. —	51.50
Nationalbank	939	940
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	224. —	224.25
Creditb. a. u. z. 200 fl. öproc.	200.50	201. —
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	129.75	130. —
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40proc.	20. —	21. —
Franco-Austrian	49.75	50. —
„ Hungarian	64. —	65. —
Nordbahn 1000 fl.	922	927
Staatsbahn	294.50	295. —
Lemberg-Czernowitz-Jassy	141. —	142. —
Ung. Nordbahn	113. —	114. —
Ung. Südbahn	57. —	57.50
Siebenbürger Bahn	131. —	132. —
Ungar. Eisenbahn-Anlehen	98.25	98.75
Hans-Ducaten	5.25	5.26
Öst.-ung. 8 fl.-Goldst.	8.93	8.94
Preuß. Thalerscheine	1.63	1.64
20-Francsstück	8.93	8.94
Silber	106. —	106.10

Reihen-Säemaschinen

nach Garrett, mit schmiedeisernen Lauf rädern, sowie breitwürfige

Säemaschinen nach Smyth liefern prompt

Clayton & Shuttleworth

Fabrikanten landw. Maschinen

Aufträge übernimmt das Commissions-Haus A. Raabe & Comp. (Comptoir: Langegasse, Primatialpalais), und die General-Agentenschaft der „EUROPA“ (Comptoir: Langegasse Nr. 77 im 1. Stock in Freiburg.

Einem hochwürdigen katholischen Clerus erlaube ich mir meine Kunstanstalt zur sorgfältigsten Ausführung von Altarbildern, religiösen Darstellungen aller Art, sowie insbesondere zur Herstellung von

Kreuzwegen

nach den berühmtesten Originalen, wie Führich, Fortner, Overbeck etc., bestens zu empfehlen. Muster werden stets zum Vergleich mit anderen Erzeugnissen eingeleitet.

Preise:

Kreuzwege (Del gemälde):			
hoch breit ohne Rahmen mit Rahmen			
I.	19	14	125. — 185. —
II.	28	20	200. — 270. —
III.	36	28	250. — 350. —
IV.	48	36	430. — 610. —

Kreuzwege (Delfarbedruck):			
V.	19	14	56. — 100. —
VI.	29 1/2	20 1/2	100. — 180. —
VII.	34	25	165. — 250. —

Außer diesen gewöhnlichen Größenverhältnissen berücksichtige ich jeden diesbezüglichen Wunsch.

Zahlreiche schriftliche Anerkennungen hoher geistlicher Stellen und Behörden werden auf Verlangen bereitwilligst vorgelegt und dürften den verehrten Bestellern sichere Garantie bieten, daß von meiner Anstalt nur wirklich Gutes und Preiswürdiges geliefert wird.

Ratenzahlungen werden nach vorher getroffenem Ueber Einkommen gerne bewilligt.

Johann Heindl,

Kunstanstalt für kirchliche Malerei und Bildhauerei.

Wien, Stefansplatz 7 im fürstbischöflichen Palais.

Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

Das erste und größte photographische Atelier

E. KOZICS,

nach den neuesten Verbesserungen neuerbau, empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Visitenkartenform bis zur Lebensgröße, Chromophotographien, Photographien auf Eisenblech, Cabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Malerleinwand, mit Delfarben ausgeführt, gemalte Damenbilder mit Photographien, Briefmarken, Cigarrentaschen etc. Promenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“

Schnitt- & Kurzwaarenhandlung

des ergebenst Gefertigten, Donaugasse Nr. 130

„zur Braut“

von heute angefangen ein großer Ausverkauf

statt, welcher bis 15. Febr. l. J. dauert.

Außer den hier bezeichneten werden noch verschiedene Artikel unter dem Erzeugungspreise abgesetzt.

Besonders zu erwähnen sind:

Cosmanofes Bekleid. zu 18, 20, 22 kr. per Elle. Kleider Stoffe fein zu 25, 30, 35 kr. per St. Weiße Sacktücher zu 8, 10, 12 kr. per St. Nürbige u. weiße Herren Hemden, glatt, fl. 1 p. St. Weiße detto, gefaltet, fl. 1.20 per St. feinst. Laufstücker zu 18, 20, 25 kr. per Elle. Schmirn-Pique und farbige Vorhänge, Leinwand, Kette, Weißwaaren, Spitzen, Bänder etc. etc.

Ein v. t. kaufmänniges Publikum böstlich einladen, zeichne achtungsvoll

Theodor Keszler.